

## **Bürgerbefragungen und das Prinzip der nachhaltigen Stadtentwicklung**

Heinz Sahner

Der Hallesche Graureiher 98-6\*

---

\* Erweiterte Fassung eines Vortrages, den der Autor auf dem Symposium "**Soziales, Gesundheit, Umwelt, Arbeit - vernetzt - zur nachhaltigen Entwicklung der Stadt Halle**" am 27. Juni 1998 in der Paul-Riebeck-Stiftung gehalten hat.

Veranstalter: Stadt Halle (Dezernat Jugend, Soziales und Gesundheit und Dezernat Planen und Umwelt) in Zusammenarbeit mit "Gesunde Städte-Projekt Halle, Agenda 21 Kontaktbüro Halle"

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg  
Institut für Soziologie  
1998

## Inhaltsverzeichnis

1	Worum geht es?.....	1
2	Was hat die Stadt und die Stadtentwicklung eigentlich mit dem Prinzip der Nachhaltigkeit zu tun?.....	1
3	Bürgerumfragen und die Realisierung der Forderungen von Rio: Bürgerbeteiligung und die Ermittlung relevanter Sachverhalte.....	3
4	Nachhaltige Stadtentwicklung konkret: Dichte, Mischung der Funktionen und Polyzentralität .....	5
5	Sicherung der hohen Diskrepanz der Dichte zwischen Stadt und Land oder - wie halte ich die Bürger in der Stadt? .....	6
5.1	Die Bevölkerungsentwicklung in den ostdeutschen Städten .....	7
5.2	Was ist den Bürgern wichtig und wie zufrieden sind sie damit? .....	8
5.3	Der Bürger und sein geliebtes Auto .....	9
5.4	Wohnzufriedenheit und Umzugsbereitschaft .....	10
5.5	Identifikation mit der Stadt und Umzugsbereitschaft .....	11
6	Fazit .....	15
	Literaturverzeichnis .....	16
	Abbildungen und Tabellen .....	18
	Verzeichnis der veröffentlichten Halleschen Graureiher	

## 1 Worum geht es?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte versuchen, mich eng an die mir gestellte Aufgabe und an das Thema des Symposiums zu halten. Worum geht es?

Es geht **erstens** um eine nachhaltige Entwicklung der Stadt Halle.

Es geht **zweitens** um eine Vernetzung und gleichrangige Berücksichtigung der Interessen der Bürger, so widersprüchlich sie auch immer sein mögen: soziale, gesundheitliche, ökologische, wirtschaftliche usw. Es geht vor allem auch um das Wohlbefinden der Bürger.

Und es geht **drittens** um die Frage, was Bürgerumfragen in diesem Zusammenhang zur Problemlösung beitragen können.

## 2 Was hat die Stadt und die Stadtentwicklung eigentlich mit dem Prinzip der Nachhaltigkeit zu tun?

Zuerst zu dem Begriff der Nachhaltigkeit, ein Begriff, der vor allem seit der UN-Konferenz von Rio im Jahre 1992 eine besondere Karriere erfahren hat. Nachhaltigkeit heißt, die Ressourcen so zu bewirtschaften, daß ihr Potential nicht beeinträchtigt wird. Der Begriff hat eine längere Tradition schon im Zusammenhang mit der Waldbewirtschaftung, derzufolge z.B. nicht mehr Holz eingeschlagen werden soll als nachwächst (zum Begriff der nachhaltigen Entwicklung vgl. z.B. Huber 1995).

Eine nachhaltige Entwicklung ist demnach die Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können (Hauff 1987: 48; nach Brundtland-Bericht).

Wenn es um nachhaltige Entwicklung und also um Zukunftsfähigkeit geht, geht es aber nicht nur um ökologische, sondern auch um ökonomische und soziale Verträglichkeit. Diese drei Prinzipien - und das begründet die besondere Problematik - liegen in Konkurrenz zueinander (Zielkonflikte):

- Eine gleichmäßige Wohlfahrtsentwicklung kann mit der Forderung nach intakter Natur in Konkurrenz treten.

- Anreize, die der Umweltschonung dienen, z.B. Benzinpreiserhöhung auf fünf Mark für alle, wirken sich auf verschiedene soziale Schichten (Einkommensunterschiede) verschieden stark aus.

Wenn es um Zukunftsfähigkeit geht, muß ein Entwicklungspfad gefunden werden, der der ökologischen, der ökonomischen und der sozialen Verträglichkeit Rechnung trägt.

Eine Frage, die im Zusammenhang mit unserem Thema auftaucht ist die, **was hat die Stadt und die Stadtentwicklung eigentlich mit dem Prinzip der Nachhaltigkeit zu tun?** Ist die Stadt nicht vielmehr der Moloch, der vor dem Hintergrund von Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit negativ zu bewerten ist? Ist sie nicht der Parasit des Umlandes, wie es ein Vorredner bezeichnet hat?

Diese Einschätzung ist falsch wie sich leicht belegen läßt. In Deutschland leben ca. 80% der Bevölkerung in Städten (die Verstädterung läßt sich weltweit beobachten). Würde der Raum gleichmäßig besiedelt, wäre von den heute noch existierenden naturnahen Räumen nicht mehr viele übrig! "Eine 'stadtfreie' Raumstruktur wäre energetisch ineffizient, würde Verkehr erzeugen und eine extensive Flächennutzung fördern" (BFLR 1996: 16).

Deshalb war es nur folgerichtig, daß die UN-Konferenz von Rio in eines ihrer Abschlußdokumente, nämlich in die Agenda 21 ein Kapitel 28 aufgenommen hat, das die Bedeutung der Städte für eine nachhaltige Entwicklung betont.

Aus dieser Einsicht und aus einigen Besonderheiten Ostdeutschlands lassen sich einige für uns relevante Schlüsse ziehen:

- (1.) Stadt und Stadtentwicklung sind auch Synonyme für Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit.
- (2.) Die ostdeutschen Länder sind während der sozialistischen Epoche weitgehend von Zersiedlung verschont geblieben. Welche sozialen Kosten dafür zu tragen waren, das soll uns im Moment nicht interessieren. Aber daß die nun einsetzende Suburbanisierung Konsequenzen für die Zukunftsfähigkeit nicht nur der Stadt hat, dürfte außer Frage stehen.
- (3.) Um der ungebremsten Zersiedlung Einhalt zu gebieten, ist eine Kooperation zwischen Stadt und Region erforderlich

- (4.) Andererseits ist in demokratisch-liberalen Gesellschaften anders als in totalitären Gesellschaften einer Suburbanisierung nicht mittels Dekreten zu begegnen. Die Vielfalt der Optionen ist für die Bürger seit der Wende drastisch gestiegen. Der Bürger nutzt die Wahlfreiheit zwischen Alternativen schamlos aus. Das ist sein gutes Recht. Ziel muß es jetzt sein, die Anreize so zu setzen, daß die Attraktivität der ostdeutschen Großstädte wächst und sie nicht weiterhin auf Kosten des Umlandes Einwohner verlieren. Im Durchschnitt haben sie in den vergangenen acht Jahren nach der Wende 10% ihrer Bürger verloren - in den letzten Jahren zunehmend an das Umland.

### **3 Bürgerumfragen und die Realisierung der Forderungen von Rio: Bürgerbeteiligung und die Ermittlung relevanter Sachverhalte**

Das heißt, **eine nachhaltige Stadtentwicklung ist**, wie aus dem letzten Abschnitt hervorgeht, **nur mit den Bürgern und nicht gegen die Bürger durchzuführen**. Dieses Postulat kommt der lokalen Agenda 21 entgegen, nach der die Kommunen in einen Konsultationsprozeß mit ihren Bürgern eintreten sollen. Hier geht es um einen Austauschprozeß von Meinungen und Interessen. Wie aber eine nachhaltige Stadtentwicklung nicht gegen die Bürger durchgesetzt werden kann, muß den Bürgern umgekehrt in einem Prozeß deutlich gemacht werden, welche ökologische Belastungen es z. B. bedeutet, die Innenstadt ungehemmt dem Individualverkehr frei zu geben. Ein Wunsch, wie er aus Umfragen - auch in Halle (Petermann 1998: 32, 38f, 42) - immer wieder deutlich wird.

Die Gedanken von Rio beginnen zu wirken. Wunder sind aber nicht zu erwarten. In den westlichen Industriegesellschaften ist schon in den letzten Jahrzehnten eine "nachhaltige Stadtentwicklung" praktiziert worden, nämlich unter der Überschrift "integrierte Stadtentwicklung". Auch hier versuchte man die unterschiedlichsten Interessen und Disziplinen einzubinden, unter anderem auch die Bürger. Bürgerbeteiligung bzw. Partizipation waren die Zauberworte. Aber was ist davon geblieben? Die Erfahrungen waren wenig ermutigend. Geringes Interesse, hohe Selektivität der Merkmale derjenigen, die teilnahmen, so daß wiederum nicht alle Interessen gleichermaßen Berücksichtigung fanden. Diese partizipativen Ansätze endeten schließlich wieder bei den Experten und in technokratisch geprägten Planungsver-

fahren. Aber vielleicht kann man aus diesen Erfahrungen lernen. Der Impetus, der von Rio ausgeht, könnte dabei helfen.

Welchen Nutzen können nun aber Bürgerumfragen für eine nachhaltige Stadtentwicklung im Sinne des Symposiums stiften? Drei positive Gesichtspunkte möchte ich hervorheben.

- (1.) Bürgerumfragen können über eine Vielzahl relevanter Sachverhalten, z. B. über "Soziales, Gesundheit, Umwelt, Arbeit" verlässliche Auskunft geben und harte Fakten liefern, die normalerweise in amtlichen Statistiken nicht zu finden sind. So haben wir in unseren Bürgerumfragen, die jeweils unterschiedliche Befragungsschwerpunkte hatten, u. a. Daten zu folgenden Themen erhoben: Arbeit, Arbeitslosigkeit, strukturelle Veränderungen beruflicher Tätigkeiten, Einkommensverhältnisse für unterschiedliche Gruppen und Haushaltstypen, Wohnen, Wohnumfeld, Wohnzufriedenheit und Umzugsbereitschaft bzw. deren Ursachen. Die Nutzung sozialer Dienste der Stadt und deren Bewertung wurden ebenso erhoben wie die empfundenen Defizite bezüglich des Vorhandenseins von Grünanlagen und Sportstätten. Umweltprobleme und die Nutzung kultureller Angebote standen neben den Standardmerkmalen (wie Arbeit, Wohnen, Einkommensverhältnisse), die immer erhoben werden, bei der letzten Erhebung im Mittelpunkt. Die Daten waren Entscheidungshilfe bei der Aufstellung des Flächennutzungsplanes und eines Wohnkonzeptes. Da die Befunde nach Stadtvierteln ausgewiesen werden können, fließen sie auch in Rahmenplanungen für Teilgebiete der Stadt ein (Golnik: Amtsblatt 1993).
- (2.) Für einen großen Teil dieser Daten können wir Veränderungsdaten dokumentieren. Erhebungen liegen für die Jahre 1993, 1994, 1995 und 1997 vor (zukünftig ist zweijährige Erhebung vorgesehen).
- (3.) Schließlich liegt repräsentativen Bürgerumfragen ein demokratisches Potential zugrunde (Adorno 1952: 27). Der repräsentative Querschnitt kennt kein Privileg. Jeder hat nur eine Stimme. Auch damit ist Bürgerbeteiligung im Sinne der lokalen Agenda möglich! Ein plebiszitäres Element, das auch bei bundesweiten Umfragen eine Rolle spielt, ist nicht zu leugnen.

Fazit: Bürgerumfragen sind also durchaus geeignet, die Forderung von Rio zu unterstützen, auch was die Forderung betrifft, die Bürger zu beteiligen. Aber man muß

sich nicht wundern, daß die Wünsche der Bürger, den Intentionen von Bürgerinitiativen und Stadtvertretern häufig entgegenlaufen. Aber darin liegt gerade der Wert von Bürgerumfragen (wenn sie denn nach den Regeln der Kunst durchgeführt werden), daß man ein repräsentatives Bild der Wünsche, Vorstellungen und Befindlichkeiten erhält, die Ausgangspunkt für den Diskurs sein müssen.

#### **4 Nachhaltige Stadtentwicklung konkret: Dichte, Mischung der Funktionen und Polyzentralität**

Nun hat man sich vor dem Hintergrund der Forderungen von Rio seitens der Stadtplaner, Geographen und Stadtsoziologen Gedanken gemacht, wie man denn Stadtentwicklung betreiben muß, damit man den Gesichtspunkten der Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit gerecht wird (BFLR 1996: 19ff). Die **Kernforderungen** lauten: **Dichte, Mischung der Funktionen, Polyzentralität.**

Die Forderungen sind verständlich und sinnhaft:

1. **Dichte** bedeutet Reduktion des Landverbrauchs, sparsamere Ressourcennutzung, Ver- und Entsorgung (z.B. Wasser) sind einfacher
2. **Mischung der Funktionen:** Mischung ermöglicht verkehrsmindernde Stadt- und Siedlungsstrukturen.
3. **Polyzentralität** nicht nur in der Stadt, sondern auch in der Region reduziert Pendlerströme und ermöglicht kurze Wege.

Aus diesen Forderungen spricht eine gewisse Blauäugigkeit. Wie kann man in ostdeutschen Städten unter den obwaltenden wirtschaftlichen Randbedingungen nach der Wende zu einer höheren Dichte kommen? Die Bürger haben sich aus ihrer Perspektive vernünftig verhalten, wenn sie in den Westen abwanderten, als sie die Arbeits- und Lebensbedingungen dort günstiger einschätzten. Andere, z. B. junge Familien mit entsprechenden Einkommen, haben die neuen Optionen ebenfalls genutzt und sind aus der Stadt Halle in den Saalkreis gezogen. Die Bevölkerung Ostdeutschlands hat von 1990 bis 1995 um 3,8% und die der Großstädte von 1990 bis 1994 (bereinigt um die Eingemeindungen) um 6% abgenommen (vgl. Kap. 5.1). Wie kann man unter diesen Bedingungen zu einer größeren Dichte kommen?

Wie soll man in ostdeutschen Städten, in denen über lange Zeit das Prinzip der Entmischung gepflegt wurde, die durch die Einkaufszentren auf der grünen Wiese nach der Wende noch verstärkt worden ist, bei gleichzeitiger wirtschaftlicher Stagnation, zu einer Mischung der Funktionen kommen? Für eine entsprechende Standortpolitik bleibt nicht viel Spielraum.

Und wie soll Polyzentralität erreicht werden, wenn sich z. B. die Kooperation von Stadt und Landkreis so schwierig gestaltet? Und wie, wenn jede kleine Gemeinde in ihrer neu gewonnen und eifersüchtig gehüteten Planungs- und Verwaltungsautonomie in der Lage ist, ihr eigenes Neubaugebiet ohne Rücksicht auf die erforderliche Infrastruktur (Schulen, Straßen, Einkaufsmöglichkeiten) durchzusetzen? Man nehme nur einmal das vor den Toren der Stadt Halle gelegene Wohngebiet "Seepark" und betrachte die Versorgung mit Infrastruktureinrichtungen. Das nächste Gymnasium des Landkreises liegt jenseits der Saale in Wettin und muß über die Fähre erreicht werden, die bei Hochwasser und Eisgang ihren Betrieb einstellt. Zum Einkauf fährt man quer durch die Stadt Halle nach Peißen und an der bescheidenen Straßenanbindung hat sich nichts geändert.

Zur Zeit sind jedenfalls in Halle große Pendlerströme festzustellen (Abb. 4: 1), die nicht nur auf eine beträchtliche Entmischung hindeuten, sondern auch ein weiterer Indikator dafür sind, welche wichtigen Funktionen die Stadt Halle für das Umland erfüllt. Sie ist aber nicht nur ein wichtiger Arbeitsort für einen großen Teil der Saalkreisbewohner, sondern erfüllt für diese auch kulturelle Funktionen (Abb. 4: 2). Ein Beispiel mehr dafür, daß Stadt und Umland aufeinander angewiesen sind. Die Interessen der Stadt und das Prinzip der Zukunftsfähigkeit fallen hier zusammen.

## **5 Sicherung der hohen Diskrepanz der Dichte zwischen Stadt und Land oder - wie halte ich die Bürger in der Stadt?**

Ich möchte mich im folgenden auf den Aspekt der Dichte konzentrieren und fragen, was Bürgerumfragen dazu beitragen können, um die Attraktivität von Halle aus der Sicht der Bürger zu sichern. Unabhängig von dem übergeordneten Interesse der Zukunftsfähigkeit eines Landes hat eine Stadt natürlich ein ureigenes Interesse den Bevölkerungsstand zu halten oder gar zu mehrern - und dies aus verschiedenen Gründen (z. B. Einkommensteuer erhöhen, Transferzahlungen sichern, die von der



Größe abhängig sind, steigende Bevölkerungszahlen werden leicht gleichgesetzt mit Erfolg, "Größe" etc.).

Eine Stadt wird um so weniger eine schrumpfende Bevölkerungszahl zu beklagen haben, je mehr sich die Bürger in der Stadt wohl fühlen, sich mit ihr identifizieren können, die grundlegenden Bedürfnisse, wie z. B. Wohnung und Arbeit, abgedeckt sind.

Nach einem kurzen Überblick über die Entwicklung der Bevölkerung in ostdeutschen Städten, möchte ich mit Daten der Bürgerumfragen folgende für das Wohlbefinden der Bürger wichtige Aspekte diskutieren:

- Wichtigkeit von Lebensbereichen und Zufriedenheit damit
- der Bürger und sein geliebtes Auto
- Wohnzufriedenheit und Umzugsbereitschaft
- Identifikation der Bürger mit der Stadt

## **5.1 Die Bevölkerungsentwicklung in den ostdeutschen Städten**

Die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik ist durch leichten Bevölkerungsanstieg gekennzeichnet. Die Entwicklung unterscheidet sich aber gravierend zwischen Ost- und Westdeutschland. Während in Westdeutschland die Bevölkerung zwischen 1990 und 1995 vorwiegend aufgrund des Außenwanderungsgewinnes (Abb. 5.1:1) um 4,6% zugenommen hat, ging in Ostdeutschland im gleichen Zeitraum die Bevölkerung um 3,8% zurück (Abb. 5.1:2). Verantwortlich sind für diese Entwicklung der Wanderungsverlust (2,2%) und die drastisch sinkende Geburtenrate (Sterbeüberschuß 3,1%), Entwicklungen, die nur zu einem kleinen Anteil durch Außenwanderungsgewinne wettgemacht werden konnten.

Von dieser Entwicklung waren die Großstädte überproportional betroffen. Während von 1990 bis 1994 die Bevölkerung in Ostdeutschland um 3,6% schrumpfte, verloren die dreizehn Großstädte fast 6% der Bevölkerung (Abb. 5.1:3; bereinigt um Eingemeindungen). In zufällig ausgewählten westdeutschen Großstädten verlief die Entwicklung gerade umgekehrt (Abb. 5.1:4). Während für diesen Zeitraum in Westdeutschland die Bevölkerung um 4,4% zugenommen hat, haben die westdeutschen Städte (zwar unterproportional) ebenfalls zugenommen, nämlich um 2,3%.

Diese Entwicklung in ostdeutschen Großstädten kann man nicht mehr mit der Ost-Wanderung erklären. Die Wanderungsraten sind nahezu ausgeglichen (Abb. 5.1:5). Die Schrumpfung geht nunmehr vorwiegend auf zwei Faktoren zurück, auf den nach wie vor existierenden Sterbeüberschuß, aber zu einem beträchtlichen Teil auf die Stadt-Umland-Wanderung. So sind aus der Stadt Halle von 1992 bis 1996 11.906 Bürger in den Saalkreis gezogen (Abb. 5.1:6). Auf das Konto des Geburten-defizites geht in dieser Zeitspanne lediglich ein Bevölkerungsverlust von 6247. Alle Landkreise von Sachsen-Anhalt verzeichnen einen Bevölkerungsverlust. Lediglich die im Weichbild der Städte Magdeburg und Halle gelegenen verzeichnen eine Bevölkerungszunahme. So ist die Einwohnerzahl des Saalkreis von 64.000 Einwohnern im Jahre 1990 auf 76.239 im Jahre 1997 gestiegen.

Hier wird etwas nachgeholt, was in Westdeutschland sich schon lange vollzieht, nämlich ein deutlicher Suburbanisierungsprozeß (Sahner 1996: 466f). Wie schon angedeutet, in einer liberalen Gesellschaft mit Individual- und Gemeindeautonomie, können und sollen hier keine Verbote eingeführt werden. Wie aber könnte die Anreizstruktur aussehen, um die für Stadt und das Prinzip Nachhaltigkeit abträgliche Entwicklung aufzuheben?

## **5.2 Was ist den Bürgern wichtig und wie zufrieden sind sie damit?**

Seit 1993 und nunmehr in der vierten Umfrage stellen wir den Bürgern der Stadt Halle die Frage, wie wichtig ihnen bestimmte Lebensbedingungen und wie zufrieden mit deren Realisierung in der Stadt sie sind. Tab. 5.2:1 zeigt diese Liste der Lebensbedingungen geordnet nach der Größe der Diskrepanz zwischen Wichtigkeit und Zufriedenheit. Seit der ersten Umfrage dominiert diese Hitliste der Diskrepanzen der Wunsch nach "Schutz vor Kriminalität". Diesen Wunsch muß man ernst nehmen, unabhängig davon, ob im Osten die Kriminalität tatsächlich höher ist als im Westen und unabhängig von dem Sachverhalt, ob die Kriminalität nach der Wende (was zu vermuten ist) angestiegen ist. Hier dokumentiert sich auf jeden Fall eine besondere Sensibilität. Kriminalität tauchte in der DDR in Statistiken nicht auf und nur gelegentlich wurde darüber berichtet. Heute nimmt Kriminalität in den Medien einen ganz anderen Stellenwert ein. Außergewöhnliches hat eine besondere Chance, berichtet zu werden. Hunde beißen nicht mehr Menschen, sondern Frau beißt Kampfhund. Über diese Mechanismen hat der Bürger durchaus Kenntnisse,

sie müssen vertieft werden, vor allem muß dem Bürger die Furcht genommen bzw. auf ein realistisches Maß reduziert werden. Es gibt durchaus Programme vertrauensbildender Maßnahmen (vgl. z. B. Veith 1995, Rodemers 1997). Die Angst sitzt gerade bei älteren Menschen tief: "Wir gehen abends nicht mehr aus dem Haus." Dies kann man nicht nur den Umfragen entnehmen, sondern auch im täglichen Umgang von Bürgern hören, denen man alles andere als Weltfremdheit vorwerfen kann.

Diese Angst vor Kriminalität ist so groß, daß sie selbst den Wunsch nach Arbeit auf den zweiten und dritten Platz verdrängt hat, wenn er auch in einer Frage, was die Stadt am dringlichsten zu tun hat, an erster Stelle steht (Tab. 5.2:2). Wie die Tagesdiskussion zur Genüge zeigt, gibt es hier - und mögen Arbeitsplätze zur Zeit einen noch so starken Faktor für die Stadtentwicklung darstellen - wenig Spielraum, anders als bei anderen Bedürfnissen, wie z. B., wenn es um Sauberkeit (Abb. 5.2:1), um die Sanierung der Innenstadt oder gar um Platz für das Auto geht.

### **5.3 Der Bürger und sein geliebtes Auto**

Die Forderung, mit dem Bürger in einen "Konsultationsprozeß" eintreten, geht flott über die Lippen. Was aber, wenn etwas gefordert wird, was schon andernorts sich nicht bewährt hat? "Nicht die Fehler des Westens begehen", heißt es, wenn eine autogerechte Stadt gefordert wird. Aber genau das wünschen die Bürger: Mehr Platz für das Auto.

Mit dem Bürger in einen Dialog eintreten heißt auch, seine Bedürfnisse und Wünsche ernst zu nehmen. Das Auto steht in Ostdeutschland in der Gunst besonders hoch, verständlich bei den Restriktionen vor der Wende. Aber dem plötzlichen und rapiden Anstieg der Motorisierung stand keine entsprechende Infrastruktur gegenüber. Und die neu gewonnene Mobilitätsmöglichkeit wird intensiv genutzt. Auch wenn der Weg zur Arbeit nur bis zu 1000 Metern beträgt, wird von 50% der Befragten das Auto immer bzw. oft auf dem Weg zur Arbeit genutzt (Tab. 5.3:1). Der Ausbau des Straßennetzes hat hohe Priorität (Tab. 5.2:1 und 2). Entsprechend geringer ist die Diskrepanz zwischen der Versorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln und der Zufriedenheit damit (Tab. 5.2:1). Eine autofreie Innenstadt, so sehr man sie

sich saniert wünscht, hat die geringste Priorität von insgesamt 14 Vorgaben (Tab. 5.2:2).

Wie damit umgehen? In dem geforderten "Konsultationsprozeß" wird auch der Bürger lernen müssen, daß seine Wünsche in Konkurrenz zu anderen Zielen stehen und einen konkurrenzdemokratisch gefaßten Beschluß akzeptieren lernen.

#### **5.4 Wohnzufriedenheit und Umzugsbereitschaft**

Noch 1994 klappte zwischen dem Wunsch nach einer ausreichenden Versorgung mit Wohnungen und der Zufriedenheit damit eine große Lücke. In der "Hitliste" der Diskrepanzen stand sie an zweiter Stelle gleich hinter dem Wunsch nach Schutz vor Kriminalität (Mnich 1995: 18). Hier haben sich grundlegende Veränderungen ergeben. Die Wohnzufriedenheit stieg von 23,4% im Jahre 1993 auf das 2,5-fache an, nämlich auf 53,4%. Ähnlich verhält es sich mit der Einschätzung des Wohnumfeldes, die ab 1994 gemessen wurde. Dies hat seine Gründe. Die Wahlmöglichkeiten der Bürger haben sich vermehrt, die Wohnungen, die man bewohnt, sind größer geworden und die Ausstattung besser. 1993 wurden noch 24,5% der Wohnungen mit Kohleöfen beheizt, 1997 waren es noch 3,8% (Abb. 5.4:1).

Diese Befunde kann man nicht damit erklären, daß die Unzufriedenen weggezogen sind. Tatsache ist jedoch, daß die Stadt immer noch Einwohner verliert. Wer will die Stadt verlassen? Erst wenn man das weiß, kann man etwas dagegen unternehmen. Aus welchen Stadtvierteln rekrutieren sie sich vorwiegend?

Immerhin wollten im Jahre 1995 16% aus ihrer Wohnung bzw. aus ihrem Haus ausziehen, vorwiegend einer besseren Wohnung bzw. eines besseren Wohnumfeldes wegen (Tab. 5.4:1; Tab. 5.4:2 und 3). Dieser Wunsch wird überdurchschnittlich von den Bewohnern der Großwohnsiedlungen geäußert (Abb. 5.4:2). Die Differenz mit der dieser Wunsch geäußert wird ist zwischen den Bürgern der Neubauviertel auf der einen Seite und denen der übrigen Stadtteile auf der anderen Seite so dramatisch nicht. Allerdings wollte im Jahre 1995 aus Heide-Nord jeder fünfte innerhalb der nächsten zwei Jahre ausziehen.

Wenn es in den Saalkreis gehen soll, das zeigt eine weitergehende Analyse der Daten, dann sind es vorwiegend Familien mit Kindern und überdurchschnittlichem Einkommen. Dieser Wunsch wird über durchschnittlich von den Bewohnern der

Plattensiedlungen mit ihren bekannt eng geschnittenen Wohnungen geäußert (Tab. 5.4:4). Hier gilt es, Äquivalente innerhalb der Stadt zu schaffen.

## 5.5 Identifikation mit der Stadt und Umzugsbereitschaft

Die Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt ist von besonderer Bedeutung, wenn es um die Entscheidung geht, zu bleiben oder nicht. Nicht umsonst findet dieser Sachverhalt in der Literatur unter den unterschiedlichsten Bezeichnungen (symbolische Ortsbezogenheit, Treinen 1965; regionale Identifikation oder Identität; räumliche Verankerung, Esser 1987; local attachment etc.) große Aufmerksamkeit. Vielleicht ist der Begriff "regionale Identität" am angemessensten, um den Sachverhalt zu bezeichnen. Man könnte regionale Identität vielleicht wie folgt definieren. Identität ist eine auf Objekte und Personen bezogene und durch Austausch (Sehen, Sprechen, Erfahren) entstandene Einzigartigkeit, die, wenn sie sich lokal bündelt, regionale oder lokale Identität genannt werden kann. Sie ermöglicht problemlose Orientierung und Kommunikation und schafft lokale oder regionale Identifikation.

Symbole spielen bei dieser Identifikation eine besondere Rolle. Ein ganz besonderes Symbol ist die Sprache, aber auch die Architektur, Topographie etc. sind derartige Symbole. Zu denen trete ich durch ständigen Austausch in ein ganz besonderes - nicht notwendig positiv besetztes - Verhältnis.

Und diese Identifikation mit Halle ist unter den Bürgern auch im Vergleich zu anderen ostdeutschen Städten niedrig. Erst recht wenn man diese Identifikation mit der vergleicht, die westdeutsche Bürger ihrer Stadt entgegenbringen. Leicht werden da Prozentzahlen von 90 erreicht. Eine Auswertung von Umfragedaten der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung bringt für den Regionstyp I, sogenannte Kernstädte, für Westdeutschland Identifikationswerte von 75%, in Ostdeutschland aber lediglich von 59% (Sahner 1995: 141). In Halle antworteten im Jahre 1997 die Bürger auf eine Frage nach ihrer Verbundenheit mit ihrer Stadt mit einem Anteil von 44,4% mit "sehr eng" (Abb. 5.5:1). Nun variieren die Anteile freilich mit der jeweils zugrunde liegenden Frageformulierung. Aber die Identifikation der Hallenser mit ihrer Stadt ist auch im Vergleich zu den Bürgern anderer ostdeutscher Städte unterdurchschnittlich. Nicht nur die Bürgerumfragen in Halle seit 1993 zeigen in diesem Punkte Kontinuität, sie reicht sogar in die DDR-Zeit zurück, wie

die Ergebnisse der unter Staufenbiel an der Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar durchgeführten Untersuchungen zeigen (Tabelle 5.5: 1). Die Bürger von Halle fühlen sich im Vergleich zu anderen Bürgern einer Auswahl ostdeutscher Städte in ihrer Stadt am wenigsten heimisch. Hunger (1990: 31) referiert in diesem Zusammenhang Prozentzahlen für Halle-Neustadt (vor 1990 selbständige Kommune), die noch unter der von Halle liegen.

Die Identifikation ist insofern für unsere Fragestellung relevant, als von den Bürgern, die sich mit ihrer Stadt identifizieren, nur jeder zehnte seine Wohnung innerhalb der nächsten zwei Jahre aufgeben will, bei denen, die sich überhaupt nicht mit ihrer Stadt identifizieren aber jeder fünfte (21%; Bürgerumfrage 1995).

Es lohnt sich, hier den Gründen nachzugehen. Allerdings, Ein-Faktorerklärungen sind nicht zu bieten. Es gibt ein ganzes Bündel von Faktoren, die mit einiger Plausibilität die geringe lokale Identifikation der Bürger ostdeutscher Großstädte allgemein und die der Hallenser speziell erklären könnten.

- (1) Die Wende: Für die geringere lokale Identifikation in den Großstädten Ostdeutschlands (vermutlich der ostdeutschen Bürger allgemein) wird man wohl auch die mit der Wende einhergehende radikale Änderung des Wert- und Normensystem mit als Ursache anführen müssen, die eine beträchtliche Verunsicherung der Bevölkerung zur Folge hatte (Sahner 1995: 15ff).
- (2) Historische Gründe: Für einen engeren regionalen Bezug, nämlich für Sachsen-Anhalt, gilt, daß es gerade dieses Bundesland, da es z.B. anders als Sachsen nicht auf eine so lange historische Tradition (als Land insgesamt!) zurückschauen kann, schwer hat, seinen Bürgern ein Heimatgefühl zu vermitteln. Im Rahmen einer Umfrage (Mitteldeutsche Zeitung, 16.4.1994) antworteten auf die Frage "Empfinden Sie das Bundesland, in dem Sie leben, als Ihre Heimat?" mit "nein" in Thüringen 5%, in Mecklenburg-Vorpommern 6%, in Sachsen 11%, in Brandenburg 16% und in Sachsen-Anhalt 20% der Befragten. Fehlende historische Tradition ist wahrscheinlich auch zu diesem Bündel erklärender Faktoren zu zählen. Sachsen-Anhalt kann nur auf eine vergleichsweise junge Geschichte zurückschauen.
- (3) Städtische Eigenheiten I: Halle-Neustadt. Die Wohndauer, der damit variierende Faktor Alter und die Tatsache, ob man in einer Stadt geboren wurde oder nicht, zählen (neben Wohn- und Wohnumfeldzufriedenheit) zu den erklä-

rungskäftigsten Faktoren der lokalen Verbundenheit. Ein bedeutsamer Faktor in diesem Erklärungszusammenhang spielt nun Halle-Neustadt. Nahezu 30% der Bürger Halles leben in Halle-Neustadt. Ein großer Anteil der Einwohner dieses Stadtteils stammt weder aus Halle selbst, noch aus der näheren Umgebung. Halle-Neustadt war als Chemiarbeiterstadt konzipiert worden und rekrutierte seine neuen Bewohner überregional. Zudem sollte es sich ursprünglich um eine eigene Gemeinde handeln. Erst nach der Wende wurde Halle-Neustadt formal - enge Verwaltungsbeziehungen bestanden schon immer - eingemeindet. Dies alles sind keine günstigen Voraussetzungen für eine hohe Identifikation mit der Stadt. Tatsächlich ist die Identifikation mit der Stadt in Halle-Neustadt am geringsten (38%). Ein Erklärungsanteil für die geringe Identifikation der Hallenser mit ihrer Stadt hat also hier seine Ursache. Aber auch ohne Halle-Neustadt kann die Identifikation nicht die Größenordnungen erreichen, wie sie in anderen Städten üblich sind. Man wird also nach zusätzlichen Faktoren suchen müssen.

- (4) Städtische Eigenheiten II: Umweltverschmutzung. Ruft man sich Karten von Deutschland vor Augen, die in der Wendezeit die Umweltverschmutzung kartographisch festgehalten haben, dann sah es im Chemie-Dreieck "Bitterfeld-Halle-Leuna" am übelsten aus. Dieser Sachverhalt, der vielen noch vor Augen steht, ist aber heute nicht mehr gegeben. Vielmehr nimmt Halle unter den ostdeutschen Großstädten hinsichtlich vieler Dimensionen der Umweltbelastung, eine überdurchschnittlich gute Position ein (Sahner 1994). Für Fremde - und auch für viele Hallenser selbst - hat dies aber noch keine kognitiven Konsequenzen gehabt. Von vielen Bürgern mag die negative Fremdeinschätzung der Stadt internalisiert werden und Handlungskompetenz bekommen, getreu dem Thomas-Theorem: If men define situations as real, they are real in their consequences. Ein möglicher weiterer Faktor für die geringe Identifikation mit der Stadt.

Es gibt eben auch negative Symbole, die es erschweren, sich mit einer Stadt oder Region zu identifizieren. Dabei gäbe es viele positiv besetzte Symbole zu reaktivieren. Mitteldeutschland, um mit der Region anzufangen, verfügt über eine reiche kulturelle Tradition. Z. B. verfügt es über eine außerordentlich reiche Musiktradition (vgl. z. B. Moser 1957). Und erst langsam kommen - gerade auch bei Westdeutschen - die bedeutsamen Architekturdenkmäler wieder zum Bewußtsein. Man

denke nur an die Zeugen der Romanik. Es scheint, daß man diese Tradition stärker ins Bewußtsein heben muß. Auch so kann man Selbstbewußtsein und regionale Identität schaffen.

Und wie lokale Identität? Was bietet Halle außer mittlerweile guter Luft und Plattenbauten? Viel, auch hier können leicht positive besetzte Symbole in den Mittelpunkt gerückt werden und so internalisiert werden. Denn die Stadt steckt voller Überraschungen. Zwei Burgen liegen in dieser Stadt - eine romantischer als die andere. Auf Burg Giebichenstein - hoch über der Saale - hat Karl Fischer, eine der Zentralfiguren der Jugendbewegung, die Klampfe geschlagen. Und Eichendorff sah hier "nimmer die Welt so schön". Im Schatten des Giebichenstein an der Saale erlebte die Romantik einen ihrer ersten Höhepunkte. Johann Friedrich Reichardt, der ehemals königlich-preußische Kapellmeister, gilt als einer der Förderer. Goethe, von dem er Lieder vertonte, Wackenroder, Novalis und viele andere weilten bei ihm. Ludwig Tieck, Clemens von Brentano, Achim von Arnim studierten in Halle und schilderten begeistert die Schönheit der Saalelandschaft.

Und wer weiß schon, über die engere Region und über einen Expertenkreis hinaus, daß Halle aufgrund der Tatsache, daß es im Kriege kaum zerstört worden ist, einen Schatz ohnegleichen birgt, nämlich großflächige Areale mit Bürgerhäusern des ausgehenden 19. Jahrhunderts, die jetzt in ihrer alten Prächtigkeit nach und nach wieder erstehen? Und welche Stadt hat schon eine solch geschichtsträchtige Universität zu bieten, eine Universität, die 1994 in ihrem Hallenser Zweig ihr 300-jähriges Jubiläum feierte und im Jahre 2002 in ihrem Wittenberger Zweig ihr 500-jähriges feiern wird? Sie zählt damit zu den ältesten Hochschulen des Deutschen Sprachraumes. Entsprechend sind die Traditionen. Erinnerung sei nur an die überragenden Gestalten der Frühaufklärung *Thomasius* und *Wolff* und an den bedeutenden Pietisten und Pädagogen *August Hermann Francke*. Eine Universität mit einem Campus - angereichert mit Zentralgebäuden deren Entstehungszeit von der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts reichen, abgerundet nunmehr durch ein hochmodernes Juridicum - liegt im Zentrum der Stadt, keine fünf Minuten vom Rathaus und dem Marktplatz mit den charakteristischen fünf Türmen entfernt, die zumindest der Feiningerliebhaber kennt. Kohlezeichnungen und Gemälde von ihm kann er in der fünf Minuten entfernten Galerie Moritzburg bewundern.



Wahrhaft ein Reichtum an möglichen positiv zu besetzenden Symbolen, die geeignet sind, Halle nach innen und außen in einem anderen Licht erscheinen zu lassen.

## **6 Fazit**

Die Ergebnisse können kurz zusammengefaßt werden:

1. Städte mit ihrem Stadt-Land-Gefälle an Dichte dienen der Nachhaltigkeit und damit einer Forderung der lokalen Agenda.
2. Bürgerumfragen sind geeignet, die Faktoren des Wohlbefindens und der lokalen Identität der Bürger zu ermitteln, durch angemessene Maßnahmen die lokale Identität zu steigern und so die Stadt attraktiver zu machen, um der Abwanderung und der zunehmenden Suburbanisierung entgegenzuwirken.
3. Bürgerumfragen sind vor allem geeignet, den Bürger in den dafür erforderlichen Dialog einzubeziehen.

**Literatur:**

- Adorno, Theodor W.**, 1952: *Zur gegenwärtigen Stellung der empirischen Sozialforschung in Deutschland*. In: *Empirische Sozialforschung*, herausgegeben vom Institut zur Förderung der öffentlichen Angelegenheiten. Frankfurt, S.27-39
- BFLR**, Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, 1996: *Städtebaulicher Bericht. Nachhaltige Stadtentwicklung. Herausforderungen an einen ressourcenschonenden und umweltverträglichen Städtebau*. Bonn-Bad Godesberg: BFLR
- Esser, Hartmut**, 1987: *Lokale Identifikation im Ruhrgebiet. Zur allgemeinen Erklärung einer speziellen Angelegenheit*. Informationen zur Raumentwicklung, Heft 3, S.109-119
- Golnik, Karsten**, 1993: *Die Bürgerbefragung als Planungs- und Entscheidungshilfe. Eine Betrachtung aus Sicht der Stadtverwaltung*. Amtsblatt der Stadt Halle, 6. 12. 1993, S.5
- Hauff, Volker (Hrg.)**, 1987: *Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung*. Greven: Eggenkamp
- Huber, Joseph**, 1995: *Nachhaltige Entwicklung. Strategien für eine ökologische und soziale Erdpolitik*. Berlin
- Hunger, Bernd**, 1990: *Städtebau, gesellschaftliche Entwicklung und Stadtforschung in der DDR*. Archiv für Kommunalwissenschaft 1/90, S.9-49
- Krickhahn, Thomas**, 1995: *Stadtsoziologische Erhebungen in acht Städten der DDR. Aufbereitung, Dokumentation und kritische Bewertung*. Der Hallesche Graureiher 95-8. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
- Mnich, Eva**, 1995: *Bürgerumfrage Halle 1994*. Der Hallesche Graureiher 95-3. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
- Mnich, Eva/Schwiete, Reinhard**, 1996: *Vergleichender Tabellenband der kommunalen Bürgerumfragen in der Stadt Halle 1993, 1994 und 1995 sowie im Saalkreis 1995*. Der Hallesche Graureiher 96-1. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
- Moser, Hans Joachim**, 1957: *Die Musik der deutschen Stämme*. Wien/Stuttgart
- Naumann, Sandra/Stolte, Nadine**, 1998: *Besucherstruktur des Opernhauses Halle*. Praktikumsbericht. Institut für Soziologie. Universität Halle-Wittenberg (Ms.)
- Petermann, Sören**, 1998: *Bürgerumfrage Halle 1997*. Der Hallesche Graureiher 98-2. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
- Rodemers, Jakob** in Zusammenarbeit mit Reinhard Mokras, 1997: *Kriminalprävention im Städtebau*, In: *Jahresbericht 1997*. Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen, S.115-121
- Sahner, Heinz**, 1994: *Regionalentwicklung: Kultur als Standortfaktor. Halle und sein Umland - unterschätzte Möglichkeiten*. Der Hallesche Graureiher 94-7.

---

*Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg*

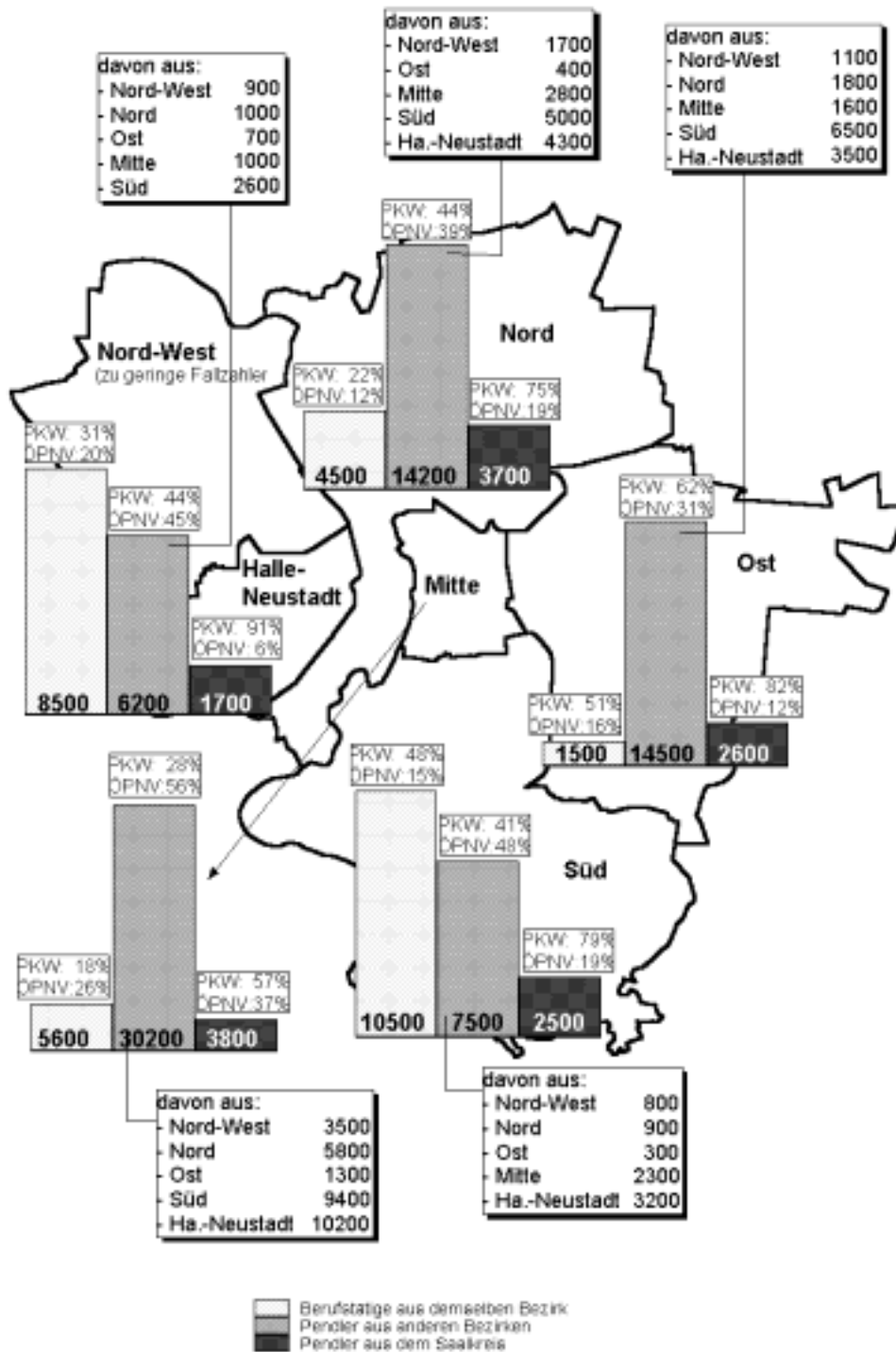
**Sahner, Heinz, 1995:** *Aufhebung der Bipolarität - Veränderungen im Osten, Rückwirkungen im Westen. Einige einleitende Bemerkungen zum Stand der Transformation. In: Evehard Holtmann und Heinz Sahner (Hrsg), Aufhebung der Bipolarität. Veränderungen im Osten, Rückwirkungen im Westen. Opladen, S.11-20*

**Sahner, Heinz, 1996:** *Städte im Umbruch. In: Wendelin Strubelt/Joachim Genosko/Hans Bertram/Jürgen Friedrichs/Paul Gans/Hartmut Häußermann/Ulfert Herlyn/Heinz Sahner, Städte und Regionen - Räumliche Folgen des Transformationsprozesses, Leske und Budrich. Opladen, S. 447 - 480*

**Treinen, Heiner, 1965:** *Symbolische Ortsbezogenheit. Eine soziologische Untersuchung zum Heimatproblem. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, S.73-97, S.254-297*

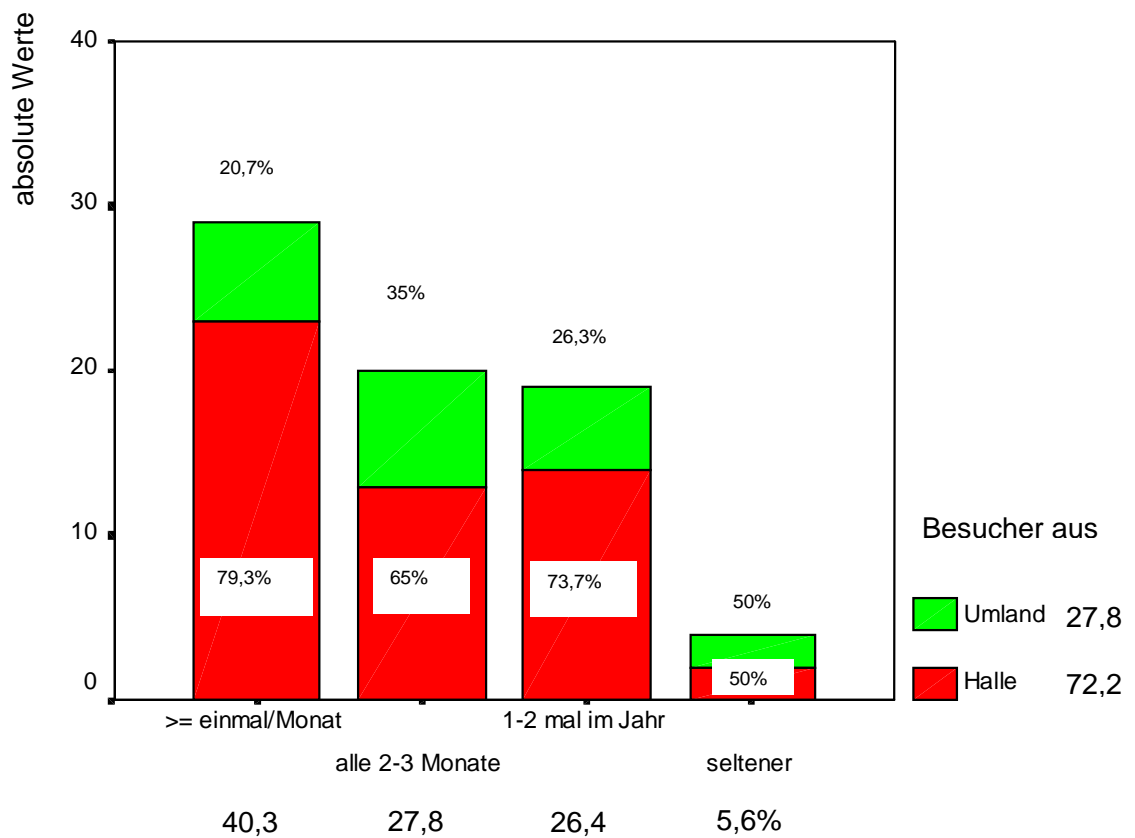
**Veith, Karin, 1995:** *Die sichere Stadt - Kriminalitätspräventionskonzepte für Großwohnsiedlungen in den neuen Ländern. Mitteilungen und Informationen der BFLR 6/95*

Abb. 4:1 BerufspendlerInnen-Zuströme (Hochrechnung auf absolute Größenordnung) für ausgewählte Stadtregionen sowie die Verkehrsmittelnutzung der PendlerInnen (PKW und ÖPNV), Bürgerumfrage Halle 1994



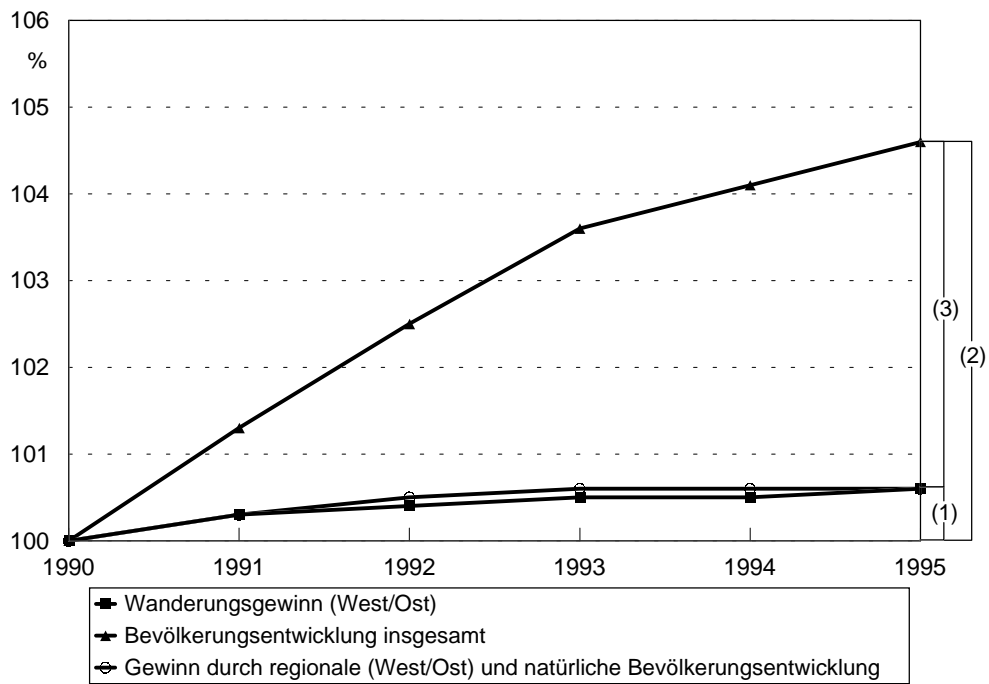
Quelle: Mnich 1996: 38

Abb. 4:2 Besucher des Opernhauses und regionale Herkunft



Ausgewählte Veranstaltungen im Mai 1998; N=120  
 Quelle: Naumann und Stolte

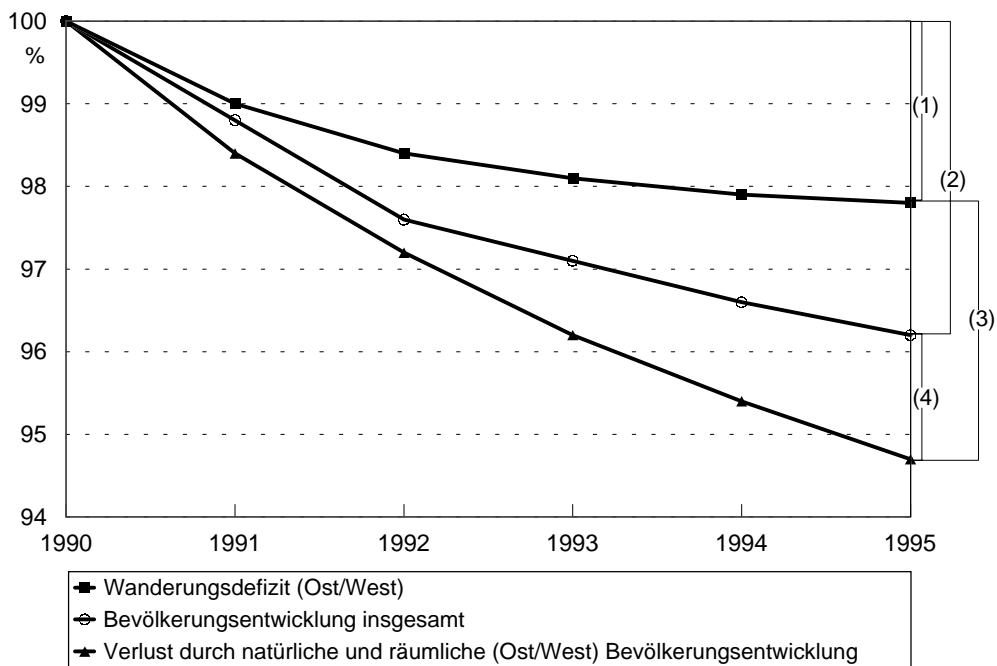
Abb. 5.1:1 Bevölkerungsentwicklungen in Westdeutschland



- (1) Der Wanderungsgewinn (West/Ost) 1995 gegenüber 1990 beträgt 0,6 %.
- (2) Seit 1990 hat die Bevölkerung in den Alten Bundesländern um 4,6% zugenommen.
- (3) Außenwanderungsgewinn

Quelle: Statistisches Bundesamt, verschiedene Statistische Jahrbücher

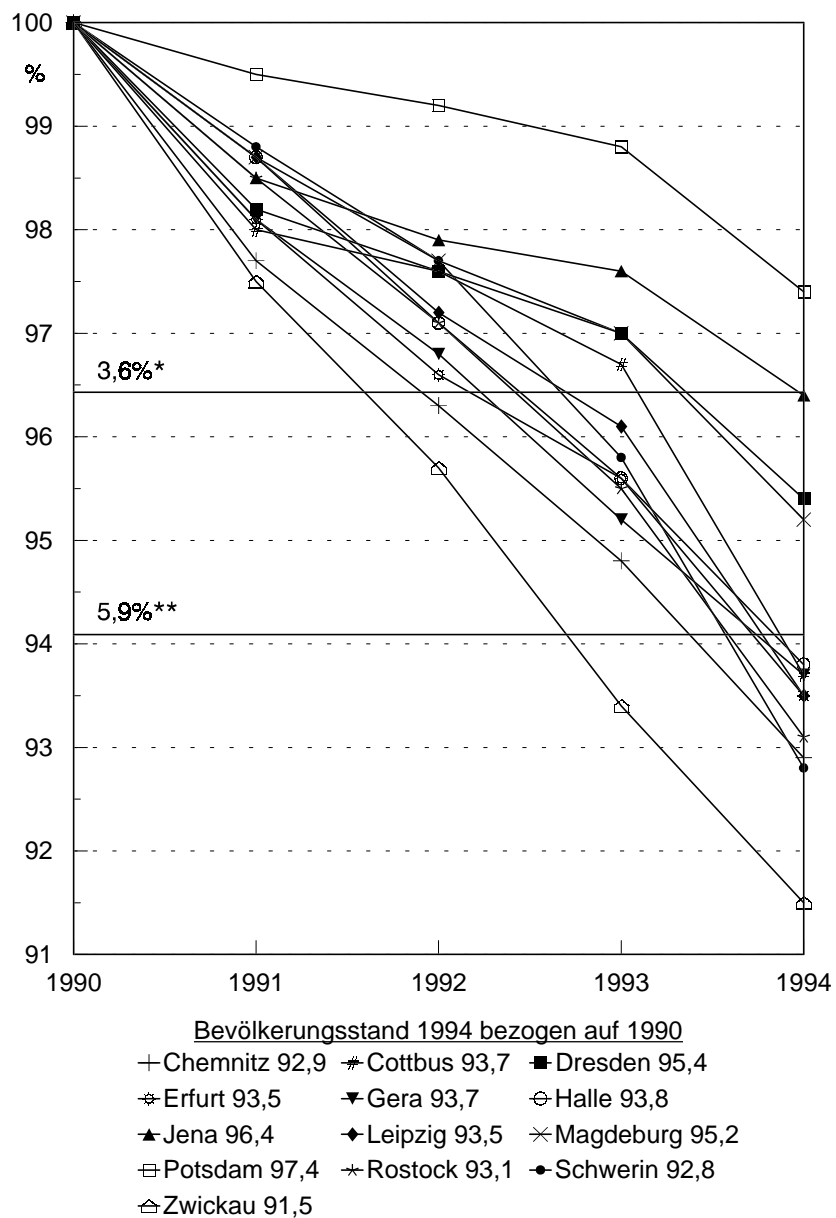
Abb. 5.1:2 Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland



- (1) Das Wanderungsdefizit (Ost/West) 1995 gegenüber 1990 beträgt 2,2%.
- (2) Zwischen 1990 und 1995 hat die Bevölkerung der Neuen Bundesländer um 3,8% abgenommen.
- (3) Durch Sterbeüberschuß hat die Bevölkerung gegenüber 1990 um 3,1% abgenommen.
- (4) Außenwanderungsgewinn

Quelle: Statistisches Bundesamt, verschiedene Statistische Jahrbücher

Abb. 5.1:3 Bevölkerungsentwicklung in ostdeutschen Großstädten



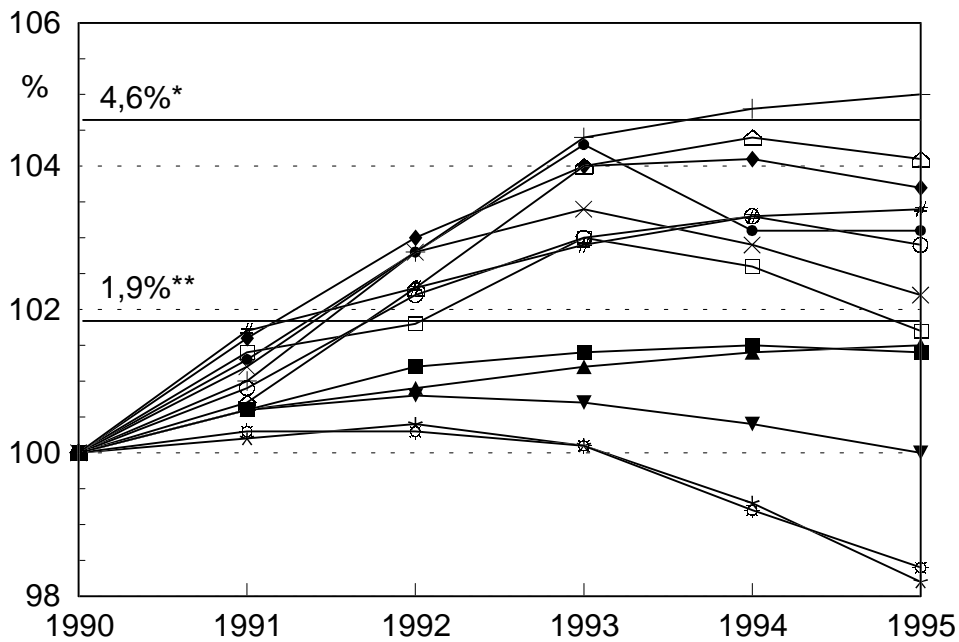
\* Bevölkerungsverlust in Ostdeutschland im Jahre 1994 bezogen auf 1990

\*\* durchschnittlicher Bevölkerungsverlust der ostdeutschen Großstädte 1994 bezogen auf 1990

Quelle: Statistische Ämter der Städte



Abb. 5.1:4 Bevölkerungsentwicklung in ausgewählten westdeutschen Städten



Bevölkerungsstand 1995 bezogen auf 1990

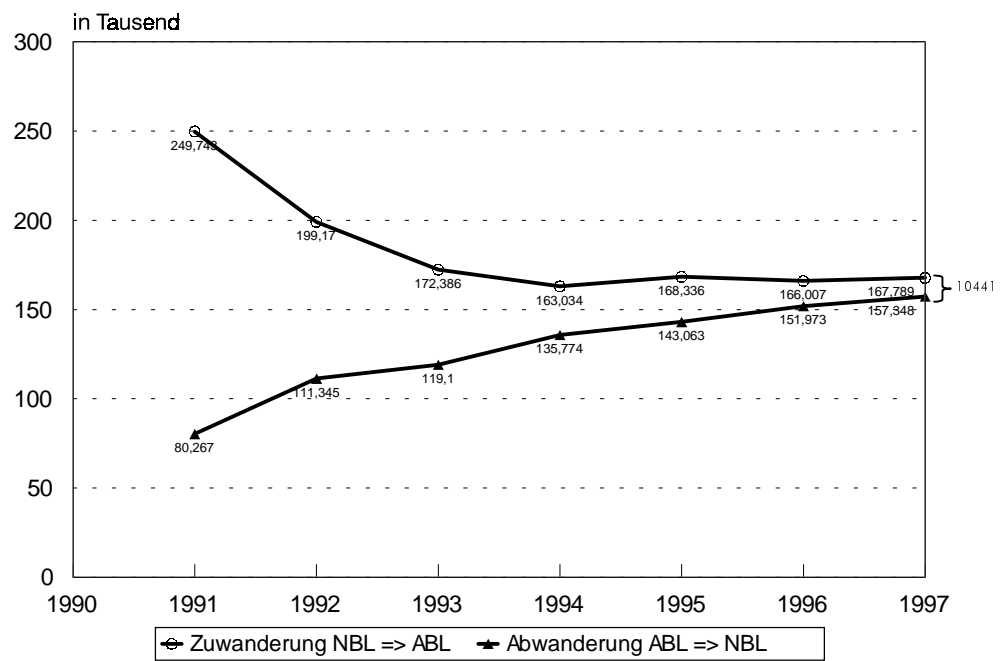
# Aachen 103,4	■ Bochum 101,4	⊗ Braunschweig 98,4
▼ Bremen 99,6	⊖ Hannover 102,9	⊕ Kassel 104,1
▲ Köln 101,5	◆ Mainz 103,7	× Mannheim 102,2
⊖ München 101,7	* Saarbrücken 98,2	+ Ulm 105,0
● Wiesbaden 103,1		

\* durchschnittlicher Bevölkerungszuwachs in den westdeutschen Bundesländern 1995 bezogen auf 1990

\*\* durchschnittlicher Bevölkerungszuwachs in ausgewählten westdeutschen Großstädten 1995 bezogen auf 1990

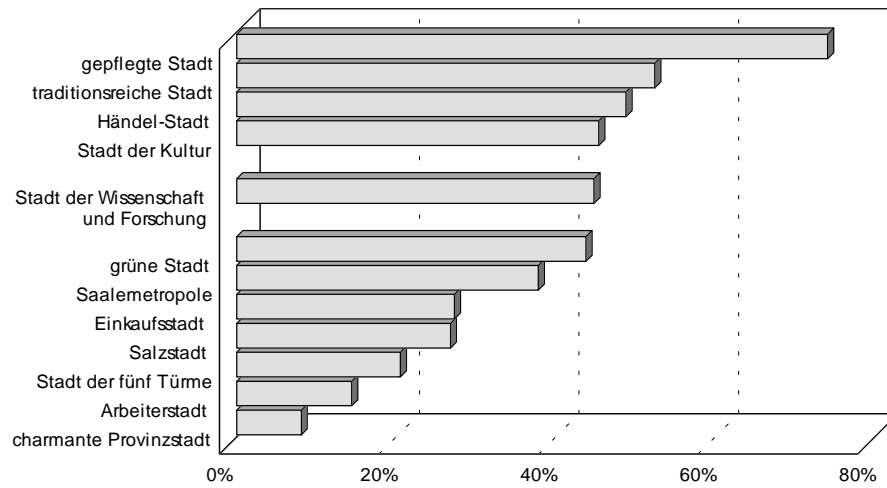
Quelle: Statistische Ämter der Städte

Abb. 5.1:5 Wanderungen zwischen Ost- und Westdeutschland



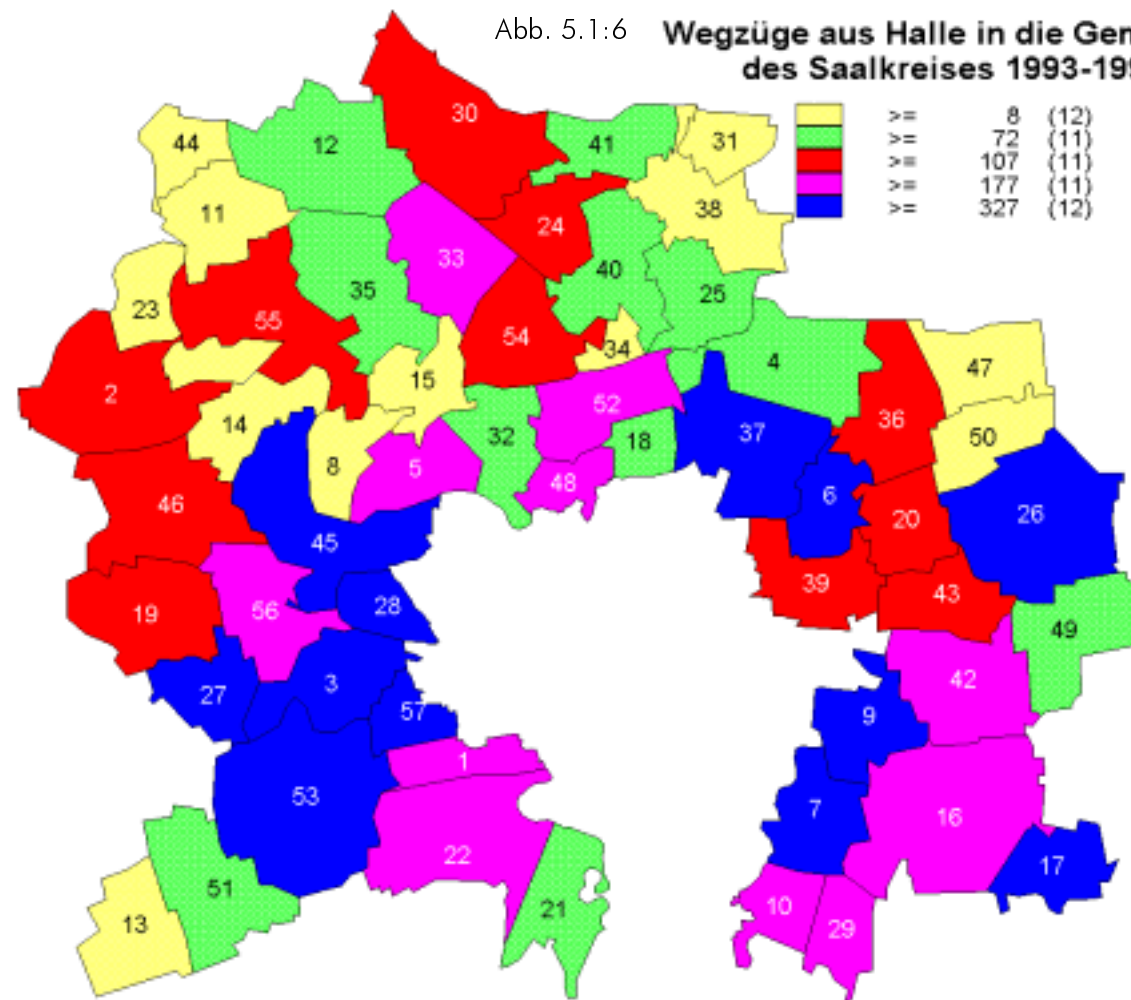
Quelle: Statistisches Bundesamt, verschiedene Statistische Jahrbücher

Abb. 5.2:1 Vorschläge zur zukünftigen Präsentation der Stadt in Prozent; Bürgerumfrage Halle 1997



Quelle: Petermann 1998:37

Abb. 5.1:6 **Wegzüge aus Halle in die Gemeinden des Saalkreises 1993-1996**



Quelle: Einwohner- und Statistikamt Halle

Tab. 5.2:1 Wichtigkeit von und Zufriedenheit mit ausgewählten Lebensbedingungen in der Stadt Halle\*; Bürgerumfrage Halle 1997

	Diskrepanz zwischen Wichtigkeit und Zufriedenheit	Wichtigkeit gemittelte Werte	Zufriedenheit gemittelte Werte
- Schutz vor Kriminalität	2,63	1,19	3,82
- Versorgung mit Ausbildungsplätzen/Lehrstellen	2,59	1,33	3,92
- Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten	2,10	1,22	3,32
- Jugendfreizeiteinrichtungen	1,98	1,71	3,69
- Ausbau und Zustand der Straßen	1,94	1,63	3,57
- Attraktivität der Innenstadt	1,73	1,72	3,45
- Spielmöglichkeiten für Kinder	1,71	1,70	3,41
- Gestaltung und Erhaltung von Gebäuden und Straßenbild	1,62	1,71	3,33
- Ausbau und Zustand der Grünanlagen	1,54	1,70	3,24
- Versorgung mit Schwimmbädern und Sportanlagen	1,51	1,98	3,49
- Versorgung mit Wohnungen	1,11	1,63	2,74
- Abfallentsorgung, Müllbeseitigung	1,05	1,49	2,54
- Versorgung mit Alten- und Pflegeheimen	1,01	1,86	2,87
- Einkaufsmöglichkeiten	0,76	1,61	2,37
- Versorgung mit Ärzten und Krankenhäusern	0,69	1,44	2,13
- Kindertageseinrichtungen (Horte, Krippen, Kindergärten)	0,61	2,11	2,72
- Versorgung mit Schulen	0,58	1,79	2,37
- Versorgung mit Freizeiteinrichtungen für Senioren	0,55	2,38	2,93
- Versorgung mit ambulanten Pflege- und Sozialdiensten	0,54	1,92	2,46
- Versorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln	0,53	1,74	2,27
- Angebot an/in Museen, Galerien, Ausstellungen	0,01	2,49	2,50
- Theater- und Konzertangebot	-0,05	2,33	2,28
- Angebot an Kino- und Tanzveranstaltungen	-0,13	2,61	2,48
- Angebot an Restaurants	-0,27	2,60	2,33
N(max)		2293	2270
N(min)		2137	1951

\* Skalen von 1=„sehr wichtig“ bis 5=„sehr unwichtig“ und von 1=„sehr zufrieden“ bis 5=„sehr unzufrieden“

Quelle: Petermann 1998

Tab. 5.2:2 Handlungsbedarf für die Stadt Halle aus der Sicht der Bürger

Die anstehenden Aufgaben der Stadt Halle können nicht gleichzeitig bewältigt werden, weil öffentliche Mittel nur begrenzt vorhanden sind. Versuchen Sie bitte, die folgenden 14 Aufgabenbereiche nach der Wichtigkeit der Lösung für die Stadt Halle zu ordnen. Geben Sie der wichtigsten Maßnahme den ersten Rang, der zweitwichtigsten den zweiten Rang usw.

Bürgerumfrage Halle 1997

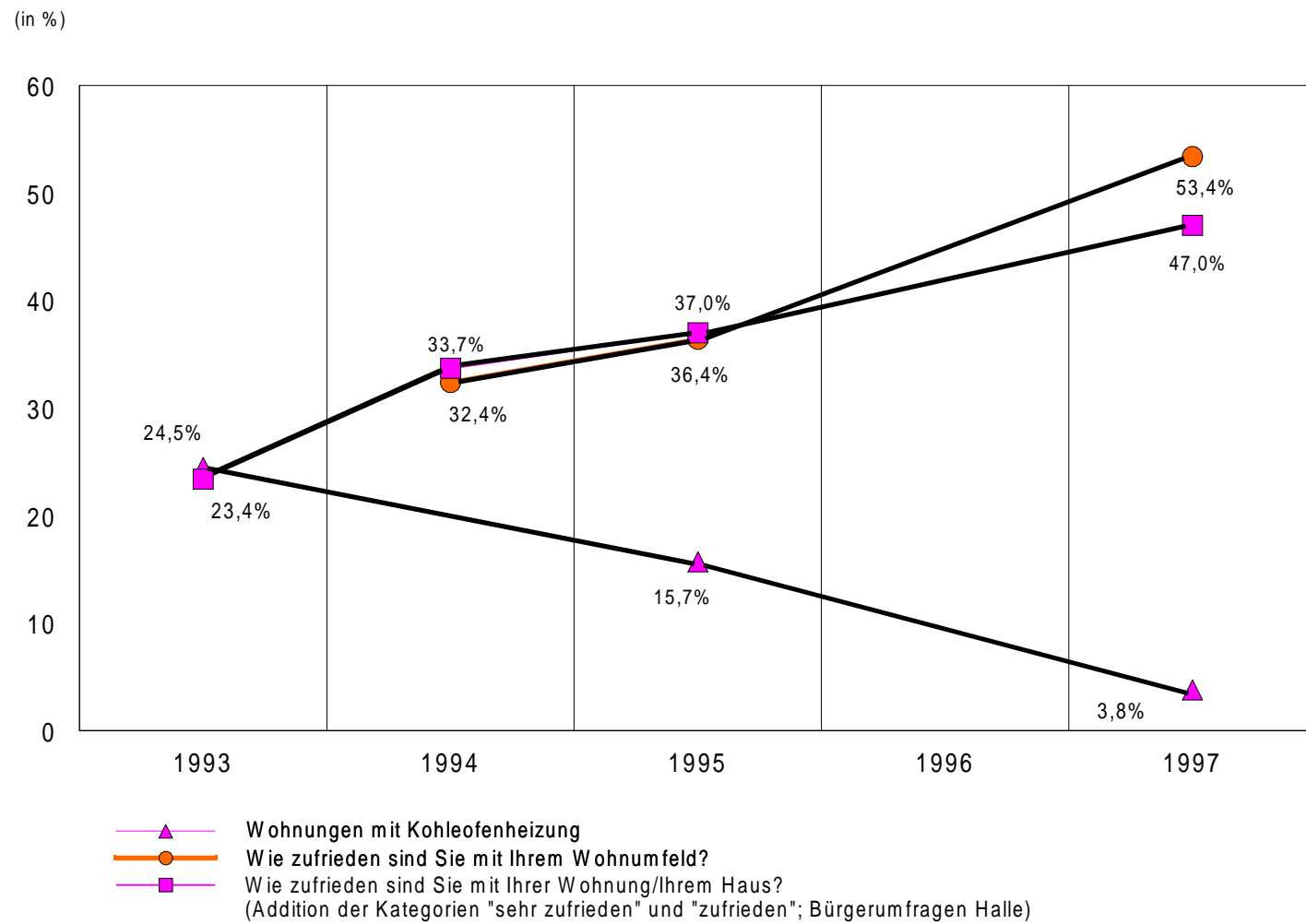
	Mittelwerte
• Schaffung von Arbeitsplätzen	2,2
• Förderung von Industrieansiedlung und Standortsicherung	5,8
• Sanierung der Innenstadt	6,2
• Ausbau des Straßennetzes	6,5
• Ausbau der sozialen Infrastruktur	6,7
• Modernisierung in den Stadtteilen	7,1
• Umweltschutz	7,3
• Förderung des sozialen Wohnungsbaus	7,4
• Ausbau von Grünanlagen, Parks und Erholungsgebieten	8,1
• Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs	8,5
• Ausbau der Radwege	8,7
• Ausbau von Sport- und Freizeiteinrichtungen	9,2
• Förderung der Kultur	9,6
• autofreie Innenstadt	10,3
	1739

Quelle: Petermann 1998: 38, 64

Tab. 5.3:1 Autonutzung als Selbstfahrer für den täglichen Weg zur Arbeit in Abhängigkeit von der Entfernung; Bürgerumfrage Halle 1997

		Entfernung in Metern					
		N	bis 1000	1001 bis 5000	5001 bis 10.000	10.001 bis 20.000	über 20.000
		%					
immer	1	15	72	121	108	107	423
		34,1	30,5	56,0	67,5	79,9	53,5
oft	2	7	46	43	30	13	139
		15,9	19,5	19,9	18,8	9,7	17,6
gelegentlich	3	9	57	33	13	9	121
		20,5	24,2	15,3	8,1	6,7	15,3
nie	4	13	61	19	9	5	107
		29,5	25,8	8,8	5,6	3,7	13,5
		44	236	216	160	134	790
		5,6	29,9	27,3	20,3	17,0	100,0

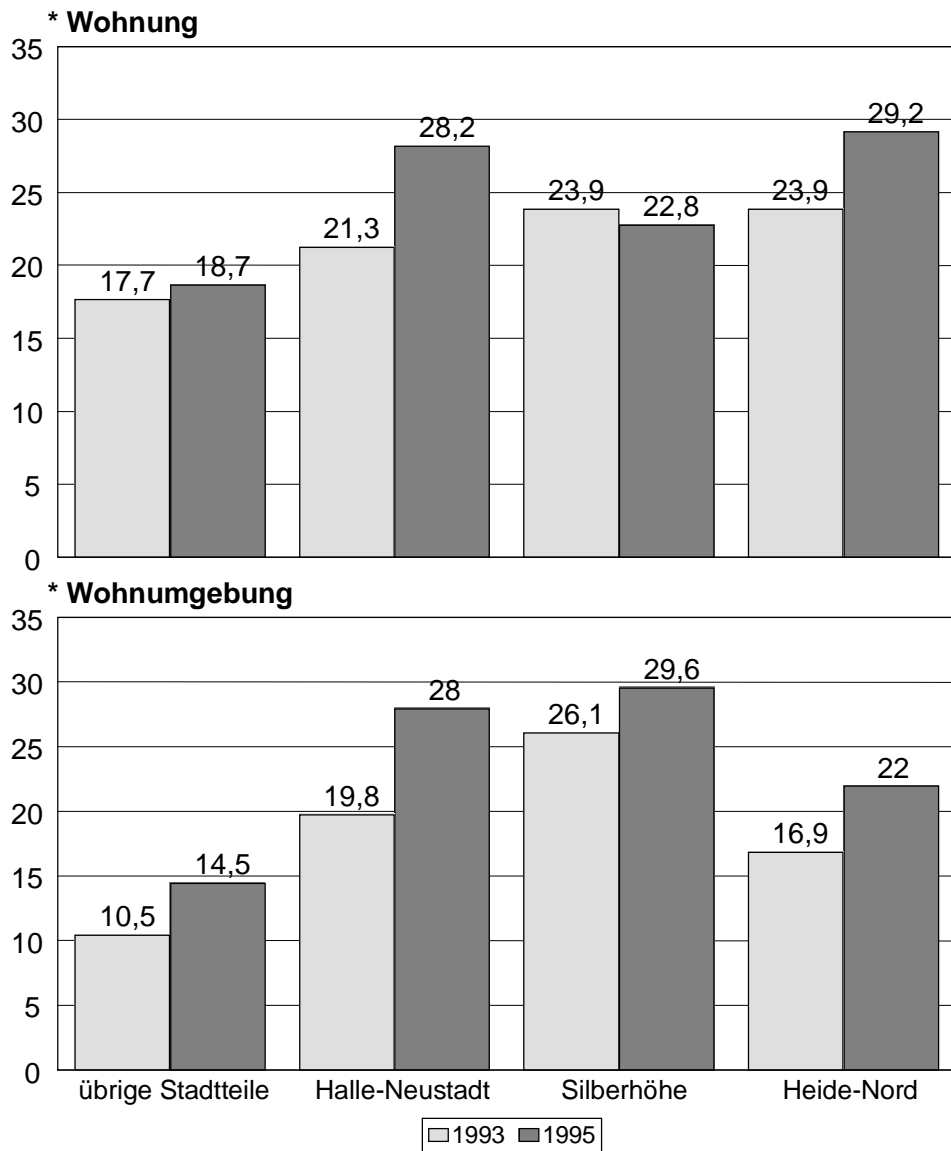
Abb. 5.4:1 Wohnsituation im Zeitablauf; Bürgerumfrage Halle



Quellen: Mnich/Schwiete 1996: 71f; Petermann 1998: 58,60



Abb. 5.4:2 Gründe für den Umzug ... (in % von allen)



Quelle: Bürgerumfrage Halle und Saalkreis 1995; Mnich 1996: 25

Tab. 5.4:1 Umzugspotentiale und ausgewählte Gründe in der Stadt Halle und im Saalkreis (in %)

Haben Sie vor, in den nächsten zwei Jahren aus Ihrer Wohnung /Ihrem Haus auszuziehen?	Stadt	Kreis
- Ja	16.0	5.7
- Möglicherweise	23.1	9.1
- Nein	60.9	85.1
Ich gehe, weil ...	Stadt	Kreis
- ich dort eine Wohnung haben werde, die meinen Vorstellungen entspricht	56.7	43.7
- ich in einer angenehmeren Wohngegend leben möchte	52.3	25.8
- ich befürchte, daß die Mietkosten zu stark steigen	23.5	13.6
- mir die ganze Atmosphäre der Stadt/Gemeinde nicht gefällt	11.8	11.6
- ich am neuen Wohnort eine sichere Arbeits-/ Ausbildungsstelle habe	18.8	25.0
- ich am neuen Wohnort wesentlich mehr Geld verdienen kann	6.6	12.0
- mein Lebenspartner dort eine berufliche Perspektive findet	6.8	10.1

Quelle: Bürgerumfrage Halle und Saalkreis 1995 (Mnich 1996: 18)

Tab. 5.4:2 Umzugsbereitschaft innerhalb der nächsten zwei Jahre in Abhängigkeit von der Wohnzufriedenheit; Bürgerumfrage Halle 1995

		überhaupt nicht			sehr zufrieden		
		1	2	3	4	5	
		N					
		%					
ja	1	68	106	134	48	9	365
		40,0	31,7	12,8	6,8	2,3	13,7
möglicherweise	2	48	119	258	92	16	533
		28,2	35,6	24,7	13,0	4,0	20,0
nein	3	54	109	654	569	375	1761
		31,8	32,6	62,5	80,3	93,8	66,2
		170	334	1046	709	400	2659
		6,4	12,6	39,3	26,7	15,0	100,0

Tab. 5.4:3 Umzugsbereitschaft innerhalb der nächsten zwei Jahre in Abhängigkeit von der Zufriedenheit mit der Wohnumgebung; Bürgerumfrage Halle 1995

		überhaupt nicht			sehr zufrieden		
		1	2	3	4	5	
		N					
		%					
ja	1	82	97	100	73	19	371
		26,1	20,9	12,2	9,7	5,6	
möglicherweise	2	85	140	179	103	34	541
		27,1	30,2	21,8	13,8	10,0	
nein	3	147	227	543	573	287	1777
		46,8	48,9	66,1	76,5	84,4	
		314	464	822	749	340	2689
		11,7	17,3	30,6	27,9	12,6	100,0

Tab 5.4:4 Umzugspotentiale 1993 und 1995 in Halle (in %)

Haben Sie vor, in den nächsten zwei Jahren aus Ihrer Wohnung auszuziehen?					
	Jahr	übrige Stadtteile	Halle- Neustadt	Silberhöhe	Heide-Nord
ja	1993	11.6	14.4	16.3	13.6
	1995	14.8	18.2	14.8	20.7
möglicherweise	1993	23.3	27.4	28.0	24.1
	1995	19.6	27.2	28.6	26.4
nein	1993	65.1	58.2	55.7	62.3
	1995	65.6	54.6	56.6	52.9

Quelle: Bürgerumfragen Halle 1993 und 1995

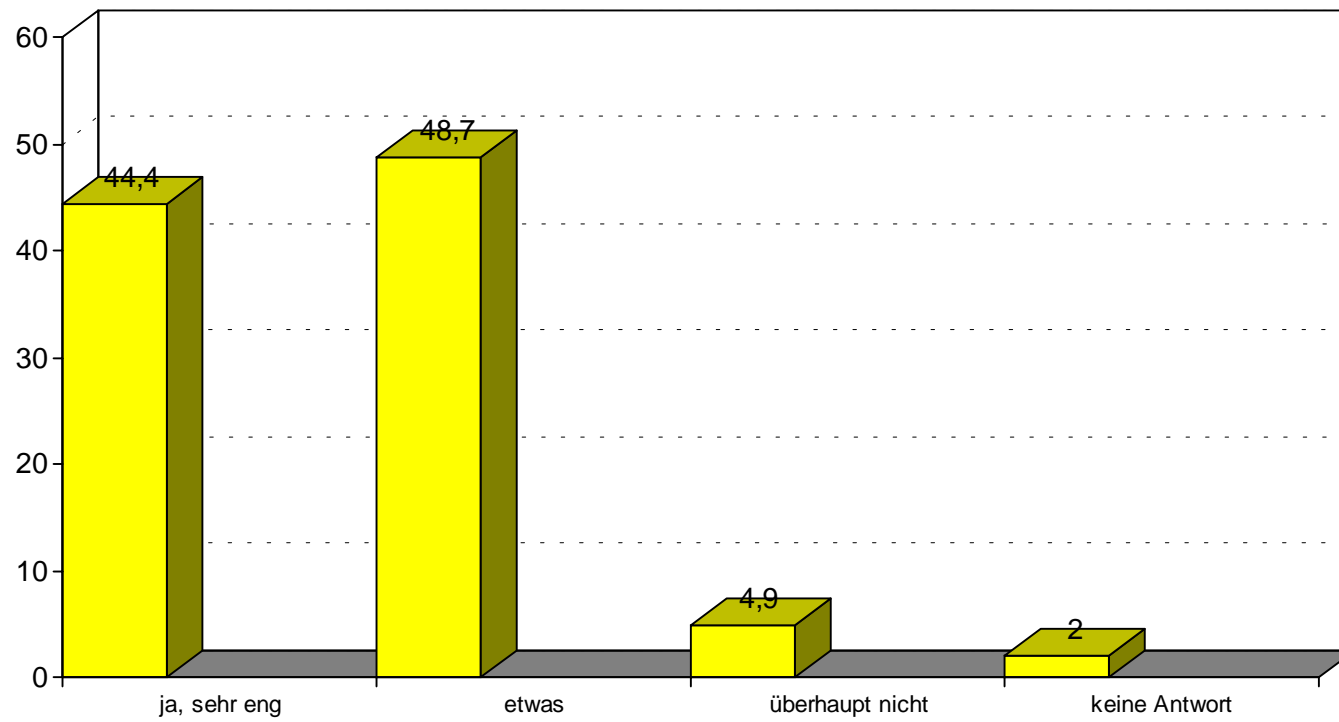
Darunter mit Umzugsziel 1995 (in % von allen)

Umzugsziel	übrige Stadtteile	Halle- Neustadt	Silberhöhe	Heide-Nord
gleiches Wohnviertel	6.0	4.9	3.2	6.7
anderes Wohnviertel	16.2	15.3	17.7	19.5
Saalkreis über den Kreis hinaus	4.1	9.6	6.2	8.7
	6.5	13.7	14.5	9.7

Quelle: Bürgerumfrage Halle 1995; Mnich 1996: 24

Abb. 5.5:1 Verbundenheit mit der Stadt Halle  
Einmal ganz allgemein gefragt: Fühlen Sie sich mit Ihrer Stadt verbunden? (N=2348)

in %



Quelle: Bürgerumfrage der Stadt Halle 1997; Petermann 1998:63

Tab 5.5:1 "Fühlen Sie sich in Ihrer Stadt heimisch?" Städtevergleich in %

<b>Stadt</b>	<b>ja</b>	<b>nein</b>
Eisenach (1985)	94,3	5,7
Rostock (1982)	93,3	6,7
Brandenburg (1987)	90,8	9,2
Gotha (1981)	90,7	9,3
Dessau (1989)	89,0	11,0
Jena (1988)	85,9	14,1
Magdeburg (1986)	85,5	14,5
Halle (1984)	74,3	25,7

Quelle: Ergebnisse basieren auf soziologischen Untersuchungen der Hochschule für Architektur und Bauwesen, Weimar, Sektion Gebietsplanung und Städtebau, Lehrstuhl marxistisch-leninistische Soziologie; Krickhahn 1995: 168f